

Erk. 1. 1. 1932, mit W. H. G. ...

mitgeteilt: ...

19.00-17.00 ...

10.00 ...

10.00 ...

10.00 ...

10.00 ...

10.00 ...

10.00 ...

10.00 ...

10.00 ...

10.00 ...

10.00 ...

10.00 ...

10.00 ...

10.00 ...

10.00 ...

10.00 ...

Sächsische Volkszeitung

Für christliche Politik und Kultur

Mittwoch, den 27. April 1932

Verlagsgesellschaft Dresden ...

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung ...

Das Echo der Wahlen

Beforgnisse in Paris

Paris, 26. April.

„Journal“ vertritt die Ansicht, das Ergebnis der Wahlen vom Sonntag sei als

die Bekundung der Unzufriedenheit eines leidenden Volkes anzusehen. Die Schwierigkeiten Deutschlands seien keine Legende. Das deutsche Volk täusche sich aber, wenn es glaube, daß die Friedensverträge und die Republik die wahren Ursachen der Tragödie seien. Das deutsche Uebel sei ein inneres (?); es trage den Namen: „Organisierte Unordnung“.

Solange nicht, daß Frankreich aufreibe zu helfen, bediene nicht, daß Frankreich Deutschland alles, was dieses fordere, zugestehen, sondern daß man mit Berlin verhandele und bevor es zu spät sei, einen modus vivendi finden müsse, dessen Grundzüge nicht die von Versailles sein könnten.

Republikaner warnen daher, den großen Stimmengewinn der Nationalsozialisten auf die leichte Achsel zu nehmen. Mehr denn je sei es notwendig, entschlossen aktives Zentralpolitisch zu betreiben.

wie sie die radikale Partei stets geordert habe. — Eine Nouvelle schreibt, in Deutschland müge man wissen, daß Frankreich in hohem Maße verständnisbereit und zur Zusammenarbeit geneigt sei, daß es aber weder Drohungen noch Provoaktionen nachgebe.

Londoner Ueberlegungen

London, 26. April.

Talia Gerald betont bei Besprechung der deutschen Wahlergebnisse, daß Ministerpräsident Braun und seine Kollegen einen großartigen Kampf für die Demokratie und Vernunft gefochten

hätten; ihre Verluste seien vielleicht unermesslich in einer chaotischen Zeit, wo Extremismen aller Art es leicht haben, bei großen Teilen der Bevölkerung Gehör zu finden.

Der konservative Daily Telegraph weist darauf hin, daß auf jeden Fall der Augenblick eine ernste Situation der internationalen Lage vermeiden worden sei. Die rechts-konservative Morning Post ist der Ansicht, Hitler dürfe das Aushalten in Preußen nur unter Bedingungen erhalten, die ihn verhältnismäßig unschädlich machen würden. „Times“ stellt fest,

daß der dritte Angriff auf die deutsche Republik zum dritten Mal abgelehnt worden sei.

daß aber Hitler dem Erfolg so nahe gekommen sei, daß man mit seinem Einfluß noch ernster als bisher rechnen müsse. Bei der allgemeinen Aufregung über den Erfolg Hitlers wäre es falsch, die hartnäckige Abwehr zu verweisen, die der jetzige preussische Ministerpräsident Otto Braun geleistet habe. Tatsächlich könne das Ergebnis der Abstimmung als eine Huldigung an ihn und seinen Innenminister Severing bezeichnet werden. Auf dem Gebiet der Außenpolitik habe es zwischen dem Ziel Dr. Brüning's und dem Hitlers niemals einen großen Unterschied gegeben.

Die Zentrumspartei halte den Schlüssel der Lage in der Hand.

Ihre gestrige Erklärung zeugte von staatsmännischem Geist. In diesen Worten könne man vielleicht das Echo der Stimme Dr. Brüning's erkennen.

Oesterreichische Feststellungen

Wien, 26. April. Die Reichspost schreibt zu den Wahlen in Oesterreich und Deutschland: Das Gesamtergebnis ist in Oesterreich ebenso wie in Deutschland

eine bedeutende Verschiebung der gegen den Margimus gerichteten Kräfte.

eine Radikalisierung nach rechts von außerordentlichem Ausmaße. Alle jene Parteien, die an der Zersplitterung der bürgerlichen Mehrheit Schuld tragen, und im Kampfe gegeneinander ihre Hauptaufgabe erledigten, mußten an erster Stelle die Fehle bezahlen. Der Einbruch des Nationalsozialismus bedeutet eine neue Not. Weitaus die Schuld daran tragen aber die in Mitteleuropa durch die Friedensverträge geschaffenen grauenvollen Zustände, deren Urheber mit jeder Stunde die Dinge schlimmer werden lassen.

In der Neuen Freien Presse heißt es: Die Wahlen in Oesterreich und in Preußen sind nicht als normales Ergebnis der Befähigung der Wählerkraft zu werten.

Es sind Wahlen des Unsinns, aber auch der Verzweiflung und der großen Warnung für die Sieger des Weltkrieges, den Weg nicht weiter zu überspannen und nicht länger durch Verzögerung der Entscheidungen das deutsche Volk zum Zerfall zu treiben. Wenn das Ausland, so fährt das Blatt fort, jetzt nicht Einsehen beweise, dann werde die Notwendigkeit des Nationalsozialismus alle Dämme durchbrechen. Am heftigsten solle Deutschland mühe als in den nächsten Monaten sowohl in der Reparationsfrage wie in der Frage der Abrüstung eine Lösung gefunden werden, die der Regierung Brüning die politische Erlaubnis gestatte.

Die Nazi-Welle steht

Kein „herrlicher Sieg“

„Herrlicher Sieg Hitlers“ — so las man es am Montag auf nationalsozialistischen Zeitungen. Sieht man aber näher zu, dann erkennt man, daß die „Erfolge“ der Nationalsozialisten bei den Wahlen gar nicht so „herrlich“ sind. Die Nationalsozialisten haben im wesentlichen nur das behaupten können, was sie bei früheren Wahlen erreicht haben.

Von einem Fortschritt über die schon früher erzielten Ergebnisse hinaus ist diesmal keine Rede.

an vielen Stellen sind sogar recht erhebliche Rückschläge zu verzeichnen. Die nationalsozialistische Welle steht, jedenfalls hat der 21. April kein weiteres Aussehen gebracht.

Hitler selbst hat erklärt, er werde zufrieden sein, wenn er die am 10. April in Preußen erzielten 8,5 Millionen Wähler erhalten könne. Er hat sie nicht behalten, die nationalsozialistischen Stimmen in Preußen vom 24. April liegen um rund 500 000 unter den Hitler-Stimmen vom 10. April.

Weit härter ist noch der Rückgang, den die Nationalsozialisten in Bayern zu verzeichnen haben, also dort, wo man sie — um mit dem „Angriff“ zu reden — aus nächster Nähe ihrer Entwicklung „kennt“.

Die Nationalsozialisten haben in den bayerischen Wahlkreisen gegenüber dem zweiten Präsidentenwahlgang 300 000 Stimmen verloren.

Das ähnlich in Württemberg, wo sie gegenüber dem zweiten Präsidentenwahlgang 88 000 Stimmen eingebüßt haben, gegenüber dem ersten Präsidentenwahlgang 41 000.

Interessant ist es auch, daß die Nationalsozialisten in ihrer zweiten Pommern mit 60 000 Stimmen hinter dem 10. April zurückblieben. In den drei Berliner Wahlkreisen mit durchschnittlich je 41 000. Auch in Hamburg haben die Nationalsozialisten das Ergebnis vom 10. April nicht mehr ganz zu erreichen vermocht. In Westfalen-Nord büßten sie gegenüber dem 10. April 72 000 Stimmen ein, gegenüber dem 12. März 14 000 Stimmen. — Es sind nur wenige Wahlkreise, in denen die Nationalsozialisten ihre Stimmenzahl vom 10. April noch schwach erhöhen konnten. Da-

zu zählt Ostpreußen mit 22 000 Stimmen, Pommern mit 5000 Stimmen, Schleswig-Holstein mit 2000 Stimmen, Westfalen-Süd mit 21 000, Köln-Nachen mit 34 000 Stimmen, Düsseldorf-Ost mit 11 000 Stimmen, die Pfalz mit 2000 Stimmen.

Diese Zahlen zeigen also, daß von einer „Nazi-Welle“ Hitlers, trotz der tagelangen Wahlenpropaganda mit Riesenerregungsbildern im „Naziischen Beobachter“, keine Rede mehr sein kann. Das Volk, aus dem der Nationalsozialismus bisher schöpfte, die liberalen Parteien, sind zertrümmert.

Die Führung der NSDAP. wird sich darüber klar sein, daß weitere Fortschritte nur sehr schwer zu erzielen sein werden. Man darf gespannt darauf sein, welche Forderungen Hitler aus diesem Tatbestand ziehen wird.

Kreugers falsche Stempel

Stockholm, 26. April. „Nya Dagligt Allehanda“ berichtet: Unter den aufsehenerregenden Funden im „Stillen Zimmer“ von Kreuger befindet sich eine Anzahl Stempel mit den Namenszügen bekannter Wirtschaftler, die Kreuger wohl dann gebraucht hat, wenn er nicht sicher war, ob die Betreffenden freiwillig ihre Unterschriften geben wollten. Wenn er den Namenszug einer angesehenen Person in seine Hand bekommen hatte, ließ er einen Stempel nach der Handschrift machen. Kreuger soll angeblich diese Stempel bei Aktienzeichnungen verwendet haben. In diesen Vorgängen hat jedoch die Polizei wenig Interesse, da ja der Fälscher gestorben ist, und diejenigen Personen, deren Unterschriften gefälscht wurden, Verpflichtungen, die aus der Fälschung der Unterschrift etwa entstanden sind, natürlich nicht nachkommen brauchen.

Weiter dürfte die Polizei sich mit einigen Erpressungen angelegenheiten befassen. Im Nachhinein Kreugers hat man nämlich eine Aktentasche gefunden, die Beweise einer Reihe solcher Fälle enthielt. Eine Anzahl weiblicher Erpresser habe ihn bedroht und in vielen Fällen soll es ihnen gelungen sein, Geld von ihm zu bekommen.

Abwarten!

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

M. D. In der Presse hat bereits das große Käsekraten begonnen, wie aus diesem neugewählten Preußenparlament eine vertrauenswerte, auf eine tragfähige Mehrheit gestützte Regierung gebildet werden könnte. Es ist vorläufig ein bloßes Käsekraten, an dem sich auffallenderweise die Gruppen am stärksten interessiert zeigen, die auf ein Minimum von politischer Bedeutung herabgesunken sind. Die nationalsozialistische Presse deutet jedenfalls weniger klammheimlich. Sie hilft sich über die düsteren Sorgen, die jeder neue Nachtwach mit sich bringt, sehr einfach damit hinweg, daß sie in überschwenglicher Weise mit unzulässigen Superlativen alle realen Erwägungen in einem diesmal sehr unangebrachten Siegestrausche ertränkt. Der „Angriff“ ist in dieser schon bisher bis zum Uebermaß geübten Praxis führend. Wie wenig wohl ihm allerdings bei allem Siegesjubel ist, bringt er damit zum Ausdruck, daß er zu einem Trübsal greift, um überhaupt einen Sieg vorzutäuschen. Er hütet sich diesmal sehr feindselig, die Hitlerstimmen vom 10. April, die er doch damals als den größten Triumph in die Welt hinauspompante, als Vergleichsmaterial zu den jetzigen Stimmzahlen der einzelnen Wahlkreise heranzuziehen. Sonst würde nämlich seinem Siegestrausch der Alkohol entzogen werden, und auch der primitive „Angriff“ würde merken, daß in den meisten Wahlkreisen gegenüber dem 10. April trotz aller Hitlerbegeisterung und Ekstase von einem Sieg — soweit dieser Geländegewinn bedeutet — keine Rede mehr sein kann. Auch würde er nämlich dann konstataieren müssen, daß ganz hübsche Wählermassen bei dieser Wählerwahl der NSDAP. von Herrn Hitler, dem sie am 10. April ihre Stimmen gaben, wieder abmarschiert sind. Der „Angriff“ begnügt sich in all zu bescheidener Weise damit, die Ergebnisse der ersten Reichspräsidentenwahl zum Vergleich heranzuziehen, um so die Fiktion eines Stimmengewinnes vorerst noch aufrecht erhalten zu können. Solche Mittel werden aber in Zukunft ihren Zweck verlieren. Den Wahlerfolg des Zentrums in Berlin legt sich der „Angriff“ der Bequemlichkeit halber so zurecht, daß er „wohl hauptsächlich durch den ständigen Zugang aus katholischen Ostbezirken des Reiches“ zu erklären sei. Berlin hat zwar seit langem einen Wandlungsverlauf, man kann aber den „Angriff“, wenn er durchaus nicht sehen will, in seinem billigen Glauben lassen. Wie sehr dem „Angriff“ übrigens die Unerschütterlichkeit des Zentrums in die Glieder gefahren ist, geht auch daraus hervor, daß er seinen Lesern vorzuschwätzen mag, „auch das Zentrum sei schwer erschüttert und jede seine absteigende Linie unerschütterlich fort“. Wir können dem „Angriff“ nur zustimmen: Wir im Zentrum sind tatsächlich „erschüttert“ über so viel Wahrheitsliebe und so kümmerliche Begriffe von Ritterlichkeit nach einem Wahlkampf, wie sie uns aus dem „Angriff“ entgegenlächeln. Im übrigen halten wir die „schwere Erschütterung“, von der der „Angriff“ zu erzählen weiß, noch lange aus!

Das größte Kopierbrechen darüber, „was das Zentrum tun wird“, macht sich höchst überflüssigerweise die Augenberge „Nachttag“ an. Sie sucht sich offenbar über die deutsch-nationale Niederlage, die fast noch empfindlicher wirkt, als die Anklage der linken liberalen Gruppen.

39 neue Bezirker

für S. B. und Bennoblat sind in einer einzigen Gemeinde (Ost) im Preßmonat April geworden worden. Was dieses Beispiel allen Gemeinden, die noch in der Durchführung der Werbeaktion begriffen sind, ein Ansporn sein!

Nur schrittweise können wir überall auf dem schwierigen Boden unserer Diaspora vorankommen. Aber die kleinen Schritte vorwärts sind es, die in ihrer Summe den großen Fortschritt ergeben.

Hier abtrennen!

Bestellschein

zum Bezug der Sächsischen Volkszeitung Dresden-N. 1, Poststraße 17

Unterzeichneter bestellt ab ... Name: ... Stand: ... Wohnort: ... Straße, Hausnummer: ... Der Bezugspreis ab Monat ... folgt auf Postcheckkonto Dresden Nr. 1023